

# „Rettung der Kommunen so wichtig wie die der Banken“

Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes zur Finanzlage: Da tickt eine Zeitbombe

**DÜSSELDORF.**

Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des NRW-Städte- und Gemeindebundes hat im Gespräch mit unserer Zeitung das Land NRW dazu aufgerufen, den Stärkungspakt finanziell mit so auszustatten, dass er es den klammen Kommunen ermöglicht, ihre Finanzkrise zu überwinden.

**FRAGE:** Was sind die Ursachen für die Finanzkrise der Kommunen?

**SCHNEIDER:** Es sind vor allem die seit Jahren stark ansteigenden Soziallasten, die uns buchstäblich die Luft zum Atmen nehmen. Allein 2011 haben die Kommunen mehr als 13 Milliarden Euro hierfür ausgegeben. Jedes Jahr kommt eine Milliarde Euro dazu. Für die Kommunen ist diese Entwicklung längst nicht mehr steuerbar. Explodierende Kassenkredite von mittlerweile 21 Milliarden Euro und 200 Kommunen im Nothaushalt oder in der Haushaltssicherung sind die Folge. Wenn wir nicht sofort massiv gegensteuern, haben wir in wenigen Jahren 40 Milliarden Euro Kassenkredite. Da tickt eine Zeitbombe:

**FRAGE:** Wie bewerten Sie den Stärkungspakt Stadtfinanzen?

**SCHNEIDER:** Der Stärkungspakt ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber mit 350 Millionen Euro in der ersten Stufe viel zu schwach. Damit kann man allenfalls verhindern,

dass einige Kommunen Bankrott gehen. Bei einem jährlichen Defizit der Kommunen von drei Milliarden Euro müsste der Topf mindestens zwei Milliarden Euro enthalten. Andernfalls können wir die Explosion der Kassenkredite nicht stoppen. Land und Bund müssen endlich begreifen, dass die Rettung der Kommunen genauso wichtig ist wie die Rettung von Großbanken. Es ist inakzeptabel, dass der Bund hierfür innerhalb von Tagen Milliarden bereitstellt, und gleichzeitig tatenlos zusieht, wie die Kommunen an den sozialen Lasten zerbre-

## INTERVIEW

chen, die er uns auferlegt hat.

**FRAGE:** Soll das Land steuerstarke Kommunen zur Mitfinanzierung heranziehen?

**SCHNEIDER:** Eine Mitfinanzierung unter den derzeitigen Konditionen lehnen wir strikt ab. Weil die Mittel des Stärkungspaktes nicht ausreichen, würden wir doch Geld in ein Fass ohne Boden kippen. Diejenigen Kommunen im Land, denen es jetzt vermeintlich besser geht, würde man krank machen, ohne dass die kranken Kommunen eine Chance hätten, wieder gesund zu werden. Der Stärkungspakt muss deshalb finanziell so ausgestattet sein, dass er mit unserer Mitfinanzierung in der Lage



Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer Städte- und Gemeindebund: Der NRW-Stärkungspakt ist zu schwach.

ist, die Finanzkrise der Kommunen endgültig zu überwinden. Es darf keine Endlosschleife geben. Die Städte und Gemeinden sind doch nicht Ausfallbürge für fehlende Bundesmittel, fehlende Landesmittel und die Unfähigkeit der Politik, öffentliche Leistungen sowie den Sozialstaat an die Finanzsituation anzupassen.

**FRAGE:** Wie ist die kommunale Finanzkrise zu überwinden?

**SCHNEIDER:** Bund und Land müssen darauf verzichten, auf Kosten der Kommunen weitere Wohltaten zu verteilen. Die Bürger haben in Zeiten von Griechenland längst begriffen,

dass wir über unsere Verhältnisse leben. Sie erwarten von der Politik mehr Ehrlichkeit und Mut. Der Bund muss sich endlich an den explodierenden Kosten der Behindertenhilfe beteiligen. Dies ist keine kommunale Aufgabe. Und weil wir fast alle Gesetze auszuführen haben, brauchen wir bei der Gesetzgebung im Bundestag und im NRW-Landtag mehr Mitspracherechte.

Mit dem Hauptgeschäftsführer des NRW-Städte- und Gemeindebundes, Bernd Jürgen Schneider, hat Wilfried Gobel gesprochen.